

Verband der Sozialdemokraten
Friedrich-Ebert-Str. 170
1 3 000

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24831 - 33

Fernschreiber 0886890

2/XIV/153 - 13. Juli 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Neue Finanzordnung der Gemeinden Von H.G. Ritzel, M.d.B.	73
3 - 4	Frankreichs Sozialisten im Jahre I der fünften Republik Parteitag der SFIO Von Günter Markscheffel	97
5 - 6	Blank hat Bauchweh Zum Thema: "Stilwandel der Sozialpolitik" Von Konrad Schayer, M.d.B.	57
7	<u>Unser politisches Porträt:</u> Fritz Erler - Weltmann der Politik	41

* * *

* *

Neue Finanzordnung der Gemeinden?

Von H.G. Ritzel, M.d.B.

Der Bundeskanzler hat den Bundesfinanzminister aufgefordert, bis Oktober 1959 eine Denkschrift mit Vorschlägen zur Sicherung der finanziellen Ordnung der Gemeinden und Gemeindeverbände auszuarbeiten und sie dem Kabinett vorzulegen. Der Bundesfinanzminister hat sich seit seinem Amtsantritt wiederholt mit den kommunalen Finanzproblemen befasst. Dasselbe tat Staatssekretär Professor Hettlage. Praktische Ergebnisse hatten diese Überlegungen bis jetzt nicht. Die seiner Zeit in Aussicht gestellte Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer geriet wieder in Vergessenheit, an eine Änderung der bestehenden Bestimmungen hinsichtlich einer direkten Beteiligung der Gemeinden an der Einkommen- und Körperschaftssteuer ist nicht gedacht. Die Forderung der Gemeinden, die Grundsteuermesszahlen allgemein um 40 Prozent zu erhöhen, begegnet dem Widerstand des Finanzministers, die einige Zeit hindurch von Kommunalpolitikern der CDU geforderte sogenannte Bürgersteuer ist wieder in der Versenkung verschwunden, eine tragende und realisierbare Idee ist weder durch die Regierung noch durch die Regierungsparteien zur Diskussion gestellt worden. Unter diesen Umständen kann man gespannt auf die Denkschrift sein, die der Finanzminister vorlegen soll.

Während die Kommunalen Spitzenverbände das Heil in einer Erhöhung der Grundsteuer sehen, lehnt der Kanzler diesen Gedanken als ungeeignet ab. Er sagt aber nicht, auf welche Weise den Gemeinden in ihrer Finanznot wirklich geholfen werden soll. Der Hinweis Adenauers, dass Bund, Länder und Gemeinden je nach ihren Aufgaben am Volkseinkommen beteiligt werden sollen, ist nicht neu. Das Verlangen nach einer Gesamtrechnung des Finanzbedarfs dieser drei Säulen unseres staatlichen Lebens ist sowohl von der Sozialdemokratie als auch von den Kommunalen Spitzenverbänden wiederholt erhoben worden, leider bisher vergeblich, obwohl die Regierungspartei CDU/CSU im Bundestag allein über Mehrheit und Macht verfügt und obwohl der Bundeskanzler nach den Bestimmungen des Grundgesetzes auch in dieser Frage die

Richtlinien der Politik zu bestimmen hat. Als langjährigem Oberbürgermeister hätte gerade ihm die Lösung dieser vordringlichen Aufgabe längst möglich sein müssen.

Wo immer die Sozialdemokratie praktische und realisierbare Forderungen zugunsten der Gemeinden und Gemeindeverbände gestellt hat, wurden sie abgewürgt. Das war der Fall bei Ablehnung der früheren sozialdemokratischen Anträge zur Entlastung der Gemeinden und Kreise auf dem Gebiete des Strassenwesens, das war der Fall bei Niederstimmung des SPD-Antrags, der die Bundesregierung ersuchte, die Leistungen der Baulastträger im Strassenwesen durch eine Vereinbarung mit den Ländern - und diese durch eine Vereinbarung mit den Gemeinden - für die Dauer eines mindestens vierjährigen Zeitraumes, beginnend ab Rechnungsjahr 1960, in einem "Gesamtplan des deutschen Strassenbaues" zusammenzufassen. Wenn jetzt der Bundeskanzler spät, sehr spät, aber hoffentlich nicht zu spät zu einer ähnlichen Erkenntnis in bezug auf Schaffung einer Gesamtrechnung und die Verteilung des Volkseinkommens auf Bund, Länder und Gemeinden kommt, dann kann man nur mit Goethe sagen: "Alles Gescheite ist schon einmal gedacht worden, man muss nur versuchen, es noch einmal zu denken". Aber der Gedanke allein tut's nicht. Notwendig ist die Tat! Die Denkschrift des Finanzministers wird Stückwerk bleiben, wenn sie nicht im Rahmen einer Gesamtrechnung eine grundsätzliche strukturelle Neuregelung des Gemeindesteuersystems bringt, wenn sie nicht die naiven Attentatsversuche auf die Gewerbesteuer abwehrt, wenn sie nicht die drängenden Probleme der Grundsteuer einer Lösung entgegenführt und den guten Gedanken einer Grundrentenabgabe verwirklicht. Sie muss auch Stückwerk bleiben, wenn die Gemeinden und Gemeindeverbände nicht endlich als dritte Säule im Bund erkannt und anerkannt werden, wenn ihnen in bezug auf Kriegsfolgelasten nicht endlich Gerechtigkeit widerfährt und ein Schutzwall gegen drohende Belastung mit Staatsaufgaben ohne Deckungsmittel errichtet wird.

Die Sozialdemokratie wird auf der Wacht sein und aufs neue konstruktive Vorschläge machen.

Frankreichs Sozialisten im Jahre I der Fünften Republik

G. M. - Paris

Die Sozialistische Partei Frankreichs hatte auf ihrem diesjährigen Parteitag am vergangenen Wochenende die schwierige Aufgabe zu meistern, einerseits die Partei selbst zusammenzuhalten, andererseits eine klare Oppositionshaltung gegenüber der jetzigen Regierung zu definieren. Der erste Teil der Aufgabe konnte insofern gelöst werden, als die Politik des Generalsekretärs Guy Mollet trotz zum Teil recht heftiger Kritiken in einer Grundsatzentschliessung die Billigung der überwältigenden Mehrheit des Parteitages fand. Guy Mollet selbst wurde als Generalsekretär erneut bestätigt, rückte jedoch bei der Wahl des Parteivorstandes in der Stimmenzahl vom dritten auf den neunten Platz. Die meisten Stimmen erhielt der Marseller Abgeordnete Leenhardt.

Vier Probleme standen im Mittelpunkt einer lebendigen Diskussion, an der sich fast 50 Delegierte beteiligten. Erstens die Algerienfrage, zweitens die internationale Politik, drittens die Haltung der Partei gegenüber de Gaulle, viertens das Schulproblem. Die zuletzt erwähnte Frage bot keinen Anlass zu grossen Meinungsverschiedenheiten. Übereinstimmend forderte der Parteitag den Rücktritt des Sozialisten Lagie, der von der Regierung als Leiter einer Kommission eingesetzt wurde, die eine von der bisher in Frankreich üblichen konfessionsfreien Schulstruktur abweichende Gesetzgebung vorbereiten soll.

Wesentlich schwieriger war es, eine gemeinsame Haltung zur Algerienfrage zu erarbeiten. Hier lagen drei Entschliessungen vor. Der frühere Sahara-Minister Max Lejeune forderte die unerbittliche Fortsetzung des Algerienkrieges, erhielt jedoch nur 269 von 3358 Mandatsstimmen. Der Entschliessungsantrag des früheren Landwirtschaftsministers Tanguy Prigent, der in unerbittlicher Opposition zur Politik Mollets steht, wurde ebenfalls mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Nur 200 Mandatsstimmen unterstützten die Forderung von Tanguy Prigent, die Partei solle sich für die sofortige Beendigung des Algerienkrieges und die Unabhängigkeit Algeriens aussprechen. Schliesslich konnte sich die Mehrheit von ungefähr 3300 Mandatsstimmen auf eine Entschliessung einigen, in der zwar die Feuereinstellung und freie Wahlen in Algerien gefordert werden, wobei allerdings die Frage des zukünftigen Verhältnisses Algeriens zu Frankreich offenbleibt. Mollet hatte zuvor in einem dreistündigen Referat sein Einverständnis mit der Durchführung freier Wahlen unter internationaler Kontrolle erklärt. In der Entschliessung wird jedoch sowohl der Begriff "Integration" als auch "Unabhängigkeit" für Algerien ausgeschlossen. Die politischen Voraussetzungen, die bei einer eventuellen Feuereinstellung für Verhandlungen geschaffen werden sollen, bleiben unklar.

Zur internationalen Politik erklärt die Partei ohne Vorbehalt, dass Frankreich bereit sein müsse, an dem Zustandekommen von Abkommen mitzuarbeiten, die zu einer allgemeinen Abrüstung führen können. Es wird an einen früheren Beschluss erinnert, wonach die Partei sich für die kontrollierte Einstellung von Atomwaffenversuchen für die Dauer von zwei Jahren ausspricht. Sollte nach Ablauf dieser Frist keine

Einigung erzielt werden, dann müsse jeder Staat auch für die atomare Rüstung auf seiner vollen Handlungsfreiheit bestehen können. Die Partei spricht sich ferner gegen jede Form eines einseitigen Verzichtes auf Atombewaffnung aus und verlangt, dass die französische Armee im Falle des Scheiterns von Abrüstungsverhandlungen mit den modernsten Waffen ausgerüstet werden müsse. In der Deutschlandfrage wird gegen jede politische oder militärische Neutralisierung Deutschlands Stellung genommen. Die Wiedervereinigung auf der Grundlage von freien Wahlen und die Erhaltung der Freiheit Westberlins müsse gesichert werden. Der Generalsekretär der Partei, Guy Mollet, hatte sich in seinem Referat für eine "Politik ohne Konzessionen gegenüber der Sowjetunion" ausgesprochen. Hierbei fielen auch einige kritische Bemerkungen zur Haltung der Regierung, die nach Ansicht Mollets nicht alles Notwendige tue, um das NATO-Bündnis so stark wie möglich zu machen.

Trotz der grossen Mehrheit, die Guy Mollet für seine Politik auf diesem Parteitag erhielt, wurden die sehr kritischen Feststellungen der früheren Minister Jules Moch und Christian Pineau mit äusserstem Interesse und zum Teil starkem Beifall aufgenommen. Moch und Pineau verwiesen auf die Isolierung Frankreichs, die infolge der sogenannten Politik der Grösse de Gaulles immer sichtbarer werde. Ohne sich für die sofortige Unabhängigkeit Algeriens auszusprechen, verlangten beide jedoch eine Regelung des Algerienproblems, die den Willen der Mehrheit der Bevölkerung in Algerien entspricht.

Das Verhältnis der Partei zu de Gaulle lässt sich nach diesem Parteitag wie folgt charakterisieren: Der Präsident der Republik kann nicht unbedingt in das Kreuzfeuer der Kritik gestellt werden, das die Partei auf die Regierung Debré richtet. De Gaulle wird von der Mehrheit der Delegierten als der Mann betrachtet, der zur Verfassung steht und der für Algerien eine liberale Lösung anstrebt. Er wird - das ist die Auffassung Mollets und der Mehrheit des Parteitages - diese Haltung beibehalten, so lange die republikanische und nichtkommunistische Linke in Frankreich zu ihm steht. Mollet hatte in seinem Referat mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass seit einem Jahre trotz des Umsturzes die Grundfreiheiten in Frankreich erhalten werden konnten. Es gebe zwar eine gewisse Einengung der publizistischen Möglichkeiten, aber die Tatsache, dass die Oppositionsparteien existieren und dass es eine Oppositionspresse gebe, lasse Frankreich immer noch als Demokratie gelten. Mollet sprach sich in diesem Zusammenhang gegen ein Verbot der Kommunistischen Partei aus.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Sozialistische Partei Frankreichs mit Vorbehalt die internationale Politik der jetzigen Regierung und die Vorstellungen des General de Gaulle in diesen Fragen billigt. Andererseits verschärft sie ihre Opposition in allen innenpolitischen Fragen. Unwidersprochen blieb auf dem Parteitag die Feststellung, dass sich in Frankreich seit einem Jahr die sozialen Verhältnisse verschlechtert haben, daß sich die Gewinne der Kapitalgesellschaften auf Kosten der Einkommensverhältnisse der breiten Massen ständig erhöhen und dass die Reaktion auf der Grundlage der jetzigen Mehrheit in der Nationalversammlung den Ton angibt. Von der Möglichkeit einer Sammlung der nichtkommunistischen linken Elemente in der französischen Politik war wenig die Rede. Die Ablehnung jeder Aktionseinheit mit der Kommunistischen Partei galt als selbstverständlich.

Blank hat Bauchweh

Von Konrad Schayer

In derletzten Woche sollte endlich laut Ankündigung des Bundesarbeitsministeriums und des Bundeskanzleramtes Blank's umstrittener Gesetzentwurf zur Neuregelung der gesetzlichen Krankenversicherung dem Kabinett zugeleitet werden. Es ist nicht dazu gekommen. Weil Blank im Urlaub ist, heisst es nach offizieller Lesart. Dabei scheint aber eine Verwechslung von Ursache und Wirkung vorzuliegen: nicht, weil Blank so erholungsbedürftig war, hat er seinen Entwurf in die Schublade zurückgelegt, sondern er ging vorzeitig in Urlaub, weil er, auf gut deutsch gesagt, Angst vor der eigenen Courage bekommen hat.

Warum Blank Bauchschmerzen bekam? In Bonn pfeifen es die Spatzen von den Dächern: Der Giftzahn - und Kernpunkt - seines Entwurfs, die einschneidende Selbstbeteiligung, liegt ihm im Magen. Die geplante umfassende Beteiligung der Krankenversicherten und ihrer Angehörigen an den Kosten der ärztlichen Behandlung, der Arzneien, Heil- und Hilfsmittel und der Krankenhauspflege erweist sich als ein zu dicker Brocken um von der Bevölkerung widerspruchslos geschluckt zu werden. Gewerkschaften, Ärzteschaft und SPD haben die Öffentlichkeit aufgeklärt und die geplante Kostenbeteiligung als das herausgestellt, was sie ist: unsozial, familienfeindlich und gesundheitspolitisch bedenklich. Meinungsumfragen haben ergeben, dass zwei Drittel der Bevölkerung die Kostenbeteiligung ablehnen. Klagt das Blatt des CDU-Arbeitnehmerflügels, "Soziale Ordnung": Die frühzeitige Veröffentlichung der Regierungspläne zur Krankenkassenreform ist "denkbar schlecht honoriert worden". In das Klage lied der "Sozialen Ordnung" stimmte Blank's Staatssekretär Claussen in einem Vortrag vor Unternehmern am 20. Mai in Hameln ein:

"Was zu bedauern ist, ist, dass man aus der Sache ein Politikum macht, denn schliesslich handelt es sich ja um die Gesundheit des Volkes ..."

Dag sich Claussen ausgerechnet auf die Volksgesundheit beruft,

um die Kritik an den Plänen des Bundesarbeitsministers ins schlechte Licht zu setzen, bedeutet den Gipfel der Verdrehungskunst. Denn gerade die Bedenkenlosigkeit, mit der sich das Bundesarbeitsministerium über die gesundheitspolitische Einwendung gegen die Kostenbeteiligung hinwegsetzt, hat erst die Kritik der Ärzteschaft und der Vertreter der Versicherten auf den Plan gerufen.

Blank's Hoffnung, seine unsozialen Krankenkassen-Neuordnungspläne noch im gehörigen Abstand vor der nächsten Bundestagswahl im Jahre 1961 unter Dach und Fach zu bringen, hat getrogen. Selbst wenn der Entwurf mit Hilfe der CDU-Mehrheit im äussersten Eiltempo durch den Bundestag gepeitscht wird, kann er nicht vor Ende 1960 verabschiedet werden. Denn dem Sozialpolitischen Ausschuss des Bundestages liegen zur Zeit bereits eine Reihe wichtiger Vorlagen zur Beratung vor: die Neuregelung der Unfallversicherung und der Handwerkerversorgung, die Novellierung des Fremdrenten- und Auslandsrentengesetzes und der Altershilfe für Landwirte. Hinzu kommt im Oktober die Beratung des Sozialberichts und der Renten-anpassung.

Schon wirft also die Bundestagswahl ihre Schatten voraus. Blank's "Stilwandel der Sozialpolitik" hat sich bereits als ein sehr wirksames Mittel erwiesen, um die gesamten Kriegsoffer zu verprellen. Auch sein "grosszügiges" Angebot an die Kriegsoffer der Saar, neun Zehnteln etwas wegzunehmen, um einem Zehntel etwas mehr zu geben, ist auf keine Gegenliebe gestossen. Nun wird Blank im Urlaub mit sich und seinen Bauchschmerzen zu Rate gehen und sich sorgfältig überlegen, ob er die Kostenbeteiligungspläne nicht doch lieber fallen lassen oder bis nach der Bundestagswahl zurückstellen sollte.

+ + +

Unser politisches Portrait:

Fritz Erler - Weltmann der Politik

sp - Es gibt im Deutschen Bundestag kaum eine Auseinandersetzung von Bedeutung, in der Fritz Erler nicht auf die Rednertribüne steigt, um das Gewicht seiner realistischen Einschätzung des jeweilig diskutierten Problems in die Waagschale der politischen Entscheidung zu werfen. Klarheit in der politischen Sicht und nüchterne Einschätzung der politischen Gegebenheiten sowie der sich daraus erschließenden Möglichkeiten, das sind die großen Fähigkeiten dieses Mannes, der seit 1928 in der sozialistischen Bewegung steht.

Sein erstes Wirkungsfeld war Berlin, wo Fritz Erler am Prenzlauer Berg seine ersten politischen Erfolge für die Sozialdemokratische Partei erzielte. Auch als die Nacht über Deutschland hereingebrochen war, blieb seine politische Aktivität ungebrochen. Als Mann des klaren Blicks schätzte er die Brüchigkeit des nationalsozialistischen Regimes richtig ein und kämpfte weiter gegen es an. So wurde er 1938 wegen Vorbereitung zum "Hochverrat" zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, aus dem er sich am 5. April 1945 selbst befreite.

Seitdem ist er unermüdet am Neuaufbau der Demokratie beteiligt. Besonders bekannt wurde er durch seine Stellungnahmen in der Wehrpolitik, die von umfassender Kenntnis der Erfahrungen, die aus der Weimarer Republik gewonnen wurden, zeugten. In kritischer Auseinandersetzung mit der Wehrpolitik der CDU konnte sich selbst Minister Strauss den überzeugenden Argumenten Erlers nicht entziehen. Er mußte die Sicherungen, die Fritz Erler im Interesse einer demokratischen Wehrpolitik verlangte, in die Gesetzgebung einbauen, um zu verhindern, daß sich mit der neuen Bundeswehr das Weimarer Spiel vom "Staat im Staate" noch einmal wiederholen konnte.

Aber Fritz Erler wehrt sich dagegen, "Wehrexperte" zu sein. Mit vollem Recht, denn er ist mehr, er ist ein All-round-man - ein Weltmann in der Politik. Infolge seiner ausgezeichneten Sprachkenntnisse vermochte er sich soviel ausländische Verbindungen zu verschaffen, daß sein Name in den politischen Zentren der weiten Welt einen guten Klang hat. Diese Auslandserfahrungen befähigen ihn zu einer politischen Analyse, deren Sicht sich in der Beurteilung der jeweilig gegebenen Situationen hoch über den bundesrepublikanischen Horizont zu erheben vermag.

Seine Fähigkeiten sind Gewähr dafür, daß die Politik der Sozialdemokratischen Partei in unveränderter Sorgfalt den demokratischen Charakter der Bundesrepublik wahren wird. Mit Fritz Erler an hervorragender Stelle vermag die Partei auch ihr Hauptanliegen, die Wiedervereinigung der beiden getrennten Teile Deutschlands zu einem sozialen und demokratischen Gesamtstaat unter realer Einschätzung der Möglichkeiten zielbewußt zu betreiben.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel